

Bern | Ständerat stimmt Motion von Beat Rieder zu

Schutz vor Übernahmen

Der Ständerat will die Schweizer Wirtschaft mit besseren Kontrollen vor schädlichen internationalen Übernahmen schützen. In der Schweiz gebe es zu wenig gesetzgeberische Handhabe, um auf allenfalls problematische Übernahmen durch ausländische Investoren zu reagieren.

Die kleine Kammer hat am Montag eine Motion von Beat Rieder (CVP) mit 22 zu 18 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Diese verlangt vom Bundesrat, die Gesetzesgrundlagen für eine Investitionskontrolle von ausländischen Direktinvestitionen auszuarbeiten. So soll eine Genehmigungsbehörde eingesetzt werden für die Geschäfte, die der Investitionskontrolle unterworfen sind.

Die Schweiz habe als einziges Land in Europa keine Regeln zum Schutz der Firmen gegen eine allenfalls schädliche Übernahme, sagte Rieder im Rat. Es gebe zwei Prinzipien, wann ein Eingriff nötig sei. «Erstens: Es wird eingegriffen, wenn die Sicherheit oder öffentliche Ordnung der Schweiz gefährdet ist. Und zweitens: Es wird eingegriffen, wenn keine Reziprozität vorhanden ist.» Also, wenn sich zwei Länder nicht die gleichen Möglichkeiten



Etappensieg. Der Ständerat folgte Beat Rieder. Jetzt ist der Nationalrat an der Reihe.

FOTO KEYSTONE

geben. Zwischen China und der Schweiz gebe es keine Reziprozität, sagte Rieder. So standen im Fokus der Diskussion immer wieder chinesische Firmen. Gerade für Firmen in Ländern, die keine freie Marktwirtschaften kennen, seien Schweizer Unternehmen besonders attraktiv, sagte zudem Pirmin Bischof (CVP/SO) für die vorbereitende Wirtschaftskommission.

Eine Minderheit dagegen meinte, Investitionen seien etwas Gutes. «Die meisten Länder wären froh, wenn in ihr Land investiert würde», sagte Ruedi Noser (FDP/ZH). Schweizer Fir-

men seien auch froh, dass sie expandieren könnten und im Ausland auf keine Hindernisse treffen würden, sagte zudem Andrea Caroni (FDP/AR). Dann solle es auch umgekehrt möglich sein.

Der Bund sei bereits in Besitz von zahlreichen Unternehmen, die für die kritische Infrastruktur zuständig seien, sagte dazu Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Damit seien sie bereits vor Übernahmen geschützt. Kontrollen seien nicht nötig oder nicht das richtige Mittel. Die Motion geht jetzt an den Nationalrat. **sda**